

Sandra Kostner,
Stefan Luft (Hg.)

Ukraïnekrieg

Warum Europa eine neue
Entspannungspolitik braucht



W E S T E N D  *academics*

Sandra Kostner/Stefan Luft (Hg.)

Ukrainekrieg

Warum Europa eine neue
Entspannungspolitik braucht

Titelbild unter Verwendung von: Pablo Picasso, *Guernica* (1937)

Picassos Gemälde *Guernica* ist ein Aufschrei gegen das Bombardement der gleichnamigen nordspanischen Stadt im Baskenland durch deutsche und italienische Flugzeuge vom 26. April 1937, gegen die in der Zivilbevölkerung angerichteten Schrecken des Krieges. Picasso legte damit Protest ein »angesichts eines Konflikts, in dem die höchsten Werte der Humanität und Zivilisation auf dem Spiel stehen«.
(Pablo Picasso, Dezember 1937)

Mehr über unsere Autor:innen und Bücher:

www.westendacademics.com

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



ISBN: 978-3-949925-10-8

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2023

Umschlaggestaltung: Westend Verlag, Frankfurt am Main

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck: Pustet, Regensburg

Printed in Germany

Inhalt

| | |
|--|------------|
| <i>Sandra Kostner und Stefan Luft</i> | |
| Einleitung. Lasst die Waffen sprechen oder vom Ende der Diplomatie | 9 |
| | |
| I. HINTERGRÜNDE DES KRIEGES | 53 |
| <i>Sandra Kostner</i> | |
| Verspielte historische Chancen | 55 |
| <i>Jürgen Wendler</i> | |
| Zwischen Annäherung und Abgrenzung: Was die Geschichte der russisch-europäischen Beziehungen über den Nutzen des politischen Interessenausgleichs lehrt | 95 |
| <i>Günther Auth</i> | |
| Das ‚protestantische Erbe‘ des Westens und der Krieg in der Ukraine: eine kritische Rekonstruktion historischer Zusammenhänge | 117 |
| <i>David Teurtrie</i> | |
| Krieg in der Ukraine: Die Folgen der Ausrichtung Europas an den strategischen Zielen der USA | 149 |
| <i>Zeitzeugengespräch mit Willy Wimmer</i> | |
| Deutsche Politik im Fahrwasser US- amerikanischer Interessen | 163 |
| | |
| II. REAKTIONEN AUF DEN RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEG | 175 |
| <i>Jacques Sapir</i> | |
| Wendet sich der Wirtschaftskrieg gegen Russland gegen seine Initiatoren? | 177 |

| | |
|--|-----|
| <i>Roland Springer</i> | |
| Welchen Zielen dient der Wirtschaftskrieg gegen Russland und wie gut sind seine Erfolgsaussichten? . | 207 |
| <i>Alexander Nitzberg</i> | |
| Der Krieg und der Unbewegte Bewege. | |
| Ein Dialog | 229 |
| <i>Sabine Schiffer</i> | |
| Von Euphemismen, Deutungsrahmen und Doppelstandards | 243 |
| <i>Stefan Luft</i> | |
| Die Grünen und der Krieg | 259 |
| <i>Wolfgang Streeck</i> | |
| Augen zu und rein: Deutschland im Krieg | 289 |
| | |
| III. AUSBLICKE UND EINSICHTEN | 309 |
| | |
| Gespräch mit <i>Klaus von Dohnanyi</i> | |
| »Frieden kann es nur mit Russland und nicht gegen Russland geben« | 311 |
| <i>Stefan Luft</i> | |
| Deutschland und der Krieg. | |
| Lehren für eine künftige Entspannungspolitik | 321 |
| | |
| Danksagung | 342 |
| Kurzbiografien | 345 |

Einleitung. Lasst die Waffen sprechen oder vom Ende der Diplomatie

Sandra Kostner und Stefan Luft

Ein Buch mit dem Titel »Ukrainekrieg. Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht« mag für manchen Leser angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine wahlweise zur Unzeit kommen oder naiv und realitätsfern klingen. Es ist jedoch genau das Gegenteil davon, was wir mit den in diesem Band versammelten Analysen verdeutlichen möchten.*

Denn: Wer eine stabile Friedensordnung in Europa will, muss zu einer Kooperationspolitik mit Russland zurückfinden, trotz all dem Leid, das in Folge des russischen Einmarsches in die Ukraine geschehen ist. Und wer vermeiden will, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, die dazu führten, dass eine einzigartige historische Chance auf eine stabile europäische Sicherheitsarchitektur aus geopolitischen Interessen verspielt wurde, der muss die Fehler schonungslos analysieren. Zudem darf er sich nicht von Ressentiments treiben lassen. Das ist eine Lehre, die gerade Deutschen wichtig sein sollte. Hätten die Länder, die Deutschland zwischen 1939 und 1945 mit Krieg überzogen hat, sich von berechtigten Ressentiments leiten lassen oder wären ihnen diese Ressentiments wichtiger gewesen als zukunftsorientierte realpolitische Erwägungen, wäre Deutschland noch heute der Paria der Weltgemeinschaft.

Dass eine Bestrafungspolitik zu erheblichen Ressentiments auf Seiten der Bestraften führen und radikale Kräfte an die Macht bringen kann, dessen waren sich die Alliierten 1945 bewusst. Die Belastungen, die der Versailler Vertrag auferlegt hatte, trugen dazu bei, dass die Weimarer Republik innerlich zerrissen wurde und die Nationalsozialisten Wählerzuspruch fanden. Die westlichen Alliierten, allen voran die Amerikaner, zogen daraus ihre

* Die Texte dieses Sammelbandes analysieren Hintergründe des Russland-Ukraine-Konfliktes und dokumentieren, was das aktuelle Geschehen angeht, Entwicklungen, wie sie sich Zeitbeobachtern bis zum Ende des Jahres 2022 dargestellt haben. Die Einleitung wurde im Februar 2023 verfasst.

Lehren. Anstatt die Bundesrepublik analog zum Versailler Vertrag mit jahrzehntelangen Reparationszahlungen für die Verbrechen des Dritten Reiches zu bestrafen, setzten sie zur Schaffung eines dauerhaften Friedens in Europa auf Kooperation und Einbindung.

Selbstredend gibt es maßgebliche Unterschiede zwischen den beiden Weltkriegen und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dennoch gibt es Lehren, die zu beherzigen hilfreich wäre, um eine stabile Friedensordnung in Europa zu schaffen. Es ist illusorisch zu glauben, dass dies ohne oder gegen Russland gelingen könnte. Und es ist naiv, darauf zu bauen, dass es infolge der westlichen Sanktionen und Unterstützungsleistungen für die Ukraine zu einem Regime Change in Moskau käme, zumal einem Regime Change, der demokratische, dem Westen wohlgesonnene Kräfte an die Macht brächte. Sicherheitspolitisch brandgefährlich ist zudem die Vorstellung, der Krieg könnte – oder sollte – damit enden, dass die Russische Föderation zerbricht.¹

Erschwert würde die Schaffung einer tragfähigen Sicherheitsarchitektur, wenn in Russland nicht nur die politische Führung, sondern auch große Teile der Bevölkerung aufgrund einer über den Krieg hinausgehenden Bestrafungs- und Ausgrenzungspolitik antiwestliche Ressentiments hegten. Äußerungen von ranghohen Politikerinnen und Politikern lassen befürchten, dass ihnen die großen Gefahren, die von ressentimentgeladenen Ländern ausgehen – zumal solchen, die wie Russland über ein umfangreiches Arsenal von ABC-Waffen verfügen – entweder nicht hinreichend bewusst sind oder sie diese Gefahren in Kauf nehmen, weil ihnen andere Ziele, wie das der Bestrafung eines Staates oder dessen Schwächung aus strategischen Gründen, wichtiger erscheinen.

Letztere Position hat die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock mehrfach vertreten. So sagte sie in der ARD-Sendung »Anne Will« am 1. Mai 2022, dass die Sanktionen auch dazu dienen, »Russland derart zu schädigen, dass ›es volkswirtschaftlich jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt‹«, um auf diese Weise zu erreichen, dass das Land nie wieder einen Angriffskrieg führen kann.² Am 10. Mai verkündete sie bei einer Pressekonferenz in Kiew, »dass Deutschland künftig komplett ohne Energie des ›Aggressors‹ Russland auskommen wolle«. Aus diesem Grund »reduzieren wir mit aller Konsequenz unsere Abhängigkeit von russischer Energie auf Null – und zwar für immer«.³ Es ist die Formulierung »für immer«, welche die Rückkehr zu einer Entspannungspolitik versperrt und die, sollte der Abbruch der Handelsbeziehungen auf Dauer gestellt und konsequent umgesetzt werden, antiwestliche Einstellungen in Russland befördern wird, weil diese Politik die Bevölkerung und nicht nur die politisch Verantwortlichen trifft.

Eine langwährende, gar permanente Abkehr von Russland ist weder volkswirtschaftlich noch sicherheitspolitisch im Interesse Deutschlands. Aus diesem Grund ist es geboten, Strategien zu entwickeln, die – perspektivisch – eine Rückkehr zu einer Entspannungspolitik ermöglichen. Will Europa nicht in die Bedeutungslosigkeit versinken und seinen – bereits begrenzten – Handlungsspielraum komplett verlieren, muss es die geopolitische Herausforderung annehmen, die mit diesem Krieg verbunden ist. Dazu muss Europa eigene Interessen definieren. Im Zuge dessen gilt es zu klären, wie das Verhältnis zu Russland so gestaltet werden kann, dass keine Seite sich in ihren Sicherheitsinteressen massiv beeinträchtigt sieht. Und es gilt zu klären, welche Rolle die USA künftig in Europa spielen sollen, gerade im Hinblick auf die geopolitischen Machtansprüche Washingtons.

So verständlich der Impuls ist, dass Russland für seine militärische Aggression bestraft oder zumindest nicht belohnt werden soll,⁴ so groß ist die Gefahr, dass daraus für uns eine massive Hypothek sowohl für Frieden und Sicherheit als auch Prosperität erwächst. Was dem Gerechtigkeitsempfinden angesichts der russischen Verheerungen in der Ukraine entsprechen mag, kann fernab davon liegen, welche Schritte zur Erzielung einer stabilen Friedensordnung notwendig sind. Dass ein Land, das eine militärische Aggression gegen ein anderes startet, die damit verfolgten Ziele nicht erreichen soll, ist ein verständlicher Wunsch – nicht nur im Hinblick auf Gerechtigkeit, sondern auch mit Blick darauf, dass ein siegreicher Aggressor ermutigt wird oder andere Länder ermutigt werden, zu militärischen Mitteln zu greifen, wenn Interessen politisch nicht durchsetzbar sind.

Diesen nachvollziehbaren Überlegungen gegenüber steht jedoch die Frage: Wie kann der Krieg beendet und die Konfliktregion dauerhaft befriedet werden, wenn Putin keines seiner strategischen Ziele durch den Krieg erreichen darf? Fakt ist: Die von vielen westlichen Politikerinnen und Politikern vertretene Maxime, dass Putins Waffengang in keiner Weise erfolgreich sein darf, verhindert eine diplomatische Lösung. Denn diese würde zwangsläufig Zugeständnisse gegenüber Moskau, wie beispielsweise die Neutralität der Ukraine, beinhalten. Nur: Wenn das Ziel ist, dass Putin keinen Gewinn aus dem Krieg ziehen darf, dann folgt daraus, dass der Krieg, wie der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sagte, »auf dem Schlachtfeld entschieden werden« muss.⁵ Borrell steht mit dieser Haltung bei Weitem nicht allein da. Auf der EU-Ebene äußerten sich Borrells Position unterstützend: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (»Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen. Und Putins Aggression muss sich als strategisches Versagen herausstellen«⁶) und EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola (»Dieser Krieg

muss dringend beendet werden. Und die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen«⁷). Auch deutsche Politikerinnen und Politiker, wie Annalena Baerbock, Christian Lindner und Friedrich Merz, haben wiederholt betont, dass »die Ukraine den Krieg gewinnen muss«.⁸

Dieses Ziel wirft Fragen auf, deren Beantwortung sich die Politik bis dato fast vollständig entzogen hat. Diese Fragen lauten: Kann die Ukraine den Krieg militärisch überhaupt gewinnen? Woran macht man fest, ob die Ukraine den Krieg gewonnen hat? Es macht einen erheblichen Unterschied, ob die Ukraine als siegreich gesehen wird, wenn sie ihr Territorium, wie es vor dem 24. Februar 2022 bestand, wiedergewinnen kann, oder ob ein Sieg erst erreicht ist, wenn die Krim wieder zu Kiew gehört, die Ukraine NATO-Mitglied ist und auf ukrainischem Gebiet NATO-Truppen und -Equipment stationiert sind.

Daran schließen sich die Fragen an: Wie hoch wäre der Preis für einen militärischen Sieg über Russland – für die Ukraine, aber auch für Europa sowie im Falle einer nuklearen Eskalation unter Umständen für die gesamte Welt? Worum geht es eigentlich in diesem Krieg? Sowie konkret: Welche Ziele verfolgen die unmittelbaren Kriegsparteien (Russland und die Ukraine) und die mittelbar involvierten Länder im Westen? Und damit verbunden: Was an der Ukraine ist für den Westen, allen voran für die USA, so wichtig, dass Kiew nahezu grenzenlose Unterstützung (Joe Biden: »as long as it takes«⁹) zugesagt wird, um sich militärisch gegen Russland zu behaupten?

Das Ausmaß der Unterstützung für die Ukraine ist beispiellos: Allein die USA haben 100 Milliarden US-Dollar für die Ukraine zur Verfügung gestellt.¹⁰ Dass diese Unterstützung nicht selbstlos erfolgt, geben US-Politiker zu. So schrieb der republikanische Minderheitenführer im US-Senat, Mitch McConnell, am 24. Dezember 2022 auf Twitter: »Continuing our support for Ukraine is morally right, but it is not only that. It is also a direct investment in cold, hard American interests«.¹¹ Worin diese Interessen genau liegen, wird maßgeblich bestimmen, welche Friedensoptionen es aus Sicht des US-dominierten Westens gibt. Insbesondere Strategiepapiere von Denkfabriken, wie das von RAND 2019 vorgelegte Dokument »Overextending and Unbalancing Russia« oder das im Dezember 2022 vom Hudson Institute veröffentlichte Papier »Preparing for the Final Collapse of the Soviet Union and the Dissolution of the Russian Federation«, sind Gegenstand von Spekulationen über die von Washington verfolgten Interessen.¹²

Es lohnt sich, die Empfehlungen dieser Papiere mit der implementierten Politik des Weißen Hauses und des Kongresses abzugleichen. Man sollte dabei jedoch nicht dem Kurzschluss verfallen, dass Strategiepapiere, so be-

deutend die Institutionen, aus denen sie kommen, auch sind, stellvertretend für die Interessen stehen, die für Politikerinnen und Politiker in Regierungsverantwortung handlungsleitend sind. Empfehlenswert ist die Analyse dieser Papiere zudem deshalb, weil sie auf den Homepages der Denkfabriken für jeden zugänglich sind, also auch für den Kreml. Welche Schlussfolgerungen dort aus den Papieren gezogen werden, ist nicht irrelevant. Es ist sogar ziemlich wahrscheinlich, dass diese Papiere einen Einfluss darauf haben, welche Intentionen Moskau dem US-geführten Westen zuschreibt. Beispielsweise stützen die Papiere die Behauptung Putins, dass der Westen Russland schwächen und territorial zerstückeln wolle.¹³ Und sollte Putin, wie der ehemalige CIA-Abteilungsleiter für Russland, George Beebe, meint, wirklich davon überzeugt sein, dass die westliche Führungsmacht USA das Ziel verfolgt, Russland als Großmachtrivalen auszuschalten (was aus den Papieren klar zu schließen ist), dann wird er in dem Bewusstsein agieren, eine Art Überlebenskampf gegen den Westen zu führen, analog zum Überlebenskampf, den aus westlicher Sicht die Ukraine gegen Russland führt. Das, so die Befürchtung Beebes, könnte Putin, sollte er militärisch – wie vom Westen angestrebt – in der Ukraine massiv unter Druck kommen, zum äußersten Mittel greifen lassen: Atomwaffen.¹⁴

Insofern wäre es angezeigt, dass verantwortliche Politikerinnen und Politiker in den USA sich von den Strategiepapieren deutlich distanzieren, sollten diese nicht im Einklang mit ihren Zielen stehen. Tun sie es nicht, kann dies von Putin als Beleg dafür gewertet werden, dass die Strategiepapiere mit der implementierten Politik übereinstimmen. Sollten sie hingegen tatsächlich bestrebt sein, Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine zu nutzen, um die Russische Föderation mithilfe von Sanktionen und eines Abnutzungskrieges gegen ukrainische Truppen so zu schwächen¹⁵, dass das Land als geopolitischer Machtfaktor wegfällt und den USA die Option eröffnet, weitere Teile des postsowjetischen Raums zu dominieren, wäre es an der Zeit, sich die Frage zu stellen, ob dieses eigennützige Ziel den humanitären Preis wert ist. Je mehr Putin davon überzeugt ist, dass auch er um den Fortbestand seines Landes kämpft, desto gefährlicher und unberechenbarer wird die Eskalationsdynamik des Krieges.

Ein öffentlich zugängliches Strategiepapier wie das des Hudson Institute, das den »Erfolg der Ukraine auf dem Schlachtfeld gegen Russland« als »eine einmalige Gelegenheit dafür« bezeichnet, »Russland für eine Generation in seine geopolitische Kiste zurückzustecken«¹⁶, mag zwar Ausdruck dafür sein, dass nationale Interessen ehrlich artikuliert werden, als Zeichen für Verantwortungsbewusstsein kann man es aber mitten in einem Krieg mit hohem

Eskalationsrisiko nicht bezeichnen. Diese Feststellung trifft auch auf die konkreten Empfehlungen des Papiers zu. Das Ziel all dieser Empfehlungen wird klar benannt: Sie sollen dem nationalen Interesse der USA dienen. So wird beispielsweise empfohlen, dass die NATO und die EU eine zerfallende Russische Föderation für eine »Big-Bang«-Erweiterung nutzen sollten (explizit werden die Ukraine und Georgien genannt). Zudem wird der US-Regierung geraten, ein geschwächtes Moskau zu nutzen, um den westlichen Einfluss auf Regionen (Syrien, Libyen und Subsahara-Afrika werden genannt) zu verstärken, in denen Russland einflussreich ist.¹⁷

Es braucht nicht allzu viel Fantasie, um sich vorzustellen, wie diese Empfehlungen im Kreml aufgefasst und welche Schlüsse daraus gezogen werden. Ferner, und das sollte für Europa von großem Interesse sein, sind solche Empfehlungen definitiv nicht dafür geeignet, eine stabile europäische Sicherheitsarchitektur aufzubauen, da es ausschließlich darum geht, welche geopolitische Dividende die USA durch den Ukrainekrieg erzielen können. Die Erzielung dieser Dividende hängt davon ab, dass die Ukraine entweder den Krieg gegen Russland auf dem Schlachtfeld gewinnt oder dass Russland zumindest durch die Belastungen des Krieges so geschwächt wird, dass der Westen mithilfe der NATO und der EU seine Einflusssphäre nach Osten ausdehnen kann.

Spiegeln die Strategiepapiere die realpolitisch verfolgten Ziele, könnte dies erklären, warum sich der Westen so merklich desinteressiert daran zeigt, den Krieg am Verhandlungstisch zu beenden. Auffällig ist zudem, dass jede diplomatische Initiative sowohl politisch als auch medial weitgehend ignoriert wird.¹⁸ Oftmals wird allein die Forderung nach Diplomatie verächtlich gemacht – gerne mit dem Verweis darauf, dass man mit einem Kriegsverbrecher wie Putin nicht verhandeln könne oder dürfe.¹⁹ Erfahrungsgemäß dient die Desavouierung von Positionen dazu, aus ideologischen respektive macht-politischen Gründen inopportune Diskurse zu verschließen.²⁰ Das wiederum führt zur Frage: Wer profitiert von der Diskursverschließung? Offenkundig diejenigen, die ein interessengeleitetes Narrativ des Ukrainekrieges in der Öffentlichkeit verankern wollen, das durch eine mehrperspektivische Betrachtung so infrage gestellt würde, dass es nicht mehr haltbar wäre.

Die Reaktionen auf abweichende Stimmen zeigen an, um welches Hauptnarrativ es sich dabei handelt: Russland ist sowohl politisch als auch militärisch der *alleinige* Aggressor. Der Westen hat in keiner Form eine Politik verfolgt, die Moskau als bedrohlich hätte interpretieren können oder die zumindest in erheblichem Maß gegen zentrale geo- und sicherheitspolitische Interessen Russlands gerichtet war. Da der Westen absolut unschuldig

an der eingetretenen Eskalation ist, muss der Grund für Putins militärische Aggression woanders zu finden sein, nämlich in dessen imperialistischem Streben nach Wiederherstellung der Sowjetunion oder des Zarenreichs. Die Belege für Letzteres sind jedoch dürftig, woraus man schließen kann, dass dieses Narrativ dazu dient, von der eigenen Konfrontationspolitik und deren negativen Folgen abzulenken.

Wenn aber Narrative wichtiger sind als Realitäten, hat Diplomatie kaum eine Chance. Das gilt auch für Interessen: Wer nur die eigenen Interessen sieht oder nur die eigenen Interessen als legitim erachtet und der anderen Seite legitime Interessen grundsätzlich abspricht, verhindert die Suche nach Lösungen auf dem Verhandlungsweg und nimmt die Gefahr einer militärischen Eskalation in Kauf. Das Problem dabei: Ohne Diplomatie kann es keinen Interessenausgleich und damit keine tragfähige Sicherheitsarchitektur geben.

Wie wichtig die Aufrechterhaltung von Narrativen gegenüber der diplomatischen Suche nach einer Friedenslösung ist, verdeutlicht – um nur ein prominentes Beispiel zu nennen – der auf die Einbeziehung russischer Interessen abzielende Vorstoß von Emmanuel Macron. Der französische Präsident sagte Anfang Dezember 2022 in einem Interview mit dem Sender TF1 in Bezug auf eine zukunftsfähige Sicherheitsarchitektur für Europa: »Einer der wesentlichen Punkte, auf die wir eingehen müssen, wie Präsident Putin immer gesagt hat, ist die Furcht, dass die NATO an die Türen Russlands heranrückt, und die Stationierung von Waffen, die Russland bedrohen könnten. Dieses Thema wird Teil der Themen für einen Frieden sein. Deswegen müssen wir ausarbeiten, wozu wir bereit sind, wie wir unsere Partner und Mitgliedstaaten schützen und wie wir Russland Garantien geben, sobald es an den Verhandlungstisch zurückkehrt.«²¹

Die Kritik an diesem Vorstoß erfolgte so umgehend wie erwartbar: So warf der CDU-Bundestagsabgeordnete Johann Wadepuhl Macron vor, dass er »der russischen Propaganda bedauerlicherweise Vorschub [leiste], wenn er die NATO als Anlass für Sicherheitsbedenken darstellt«²². Deckungsgleich kommentierte der außenpolitische Sprecher der SPD, Nils Schmid, Macrons Einbeziehung russischer Interessen in eine künftige europäische Sicherheitsarchitektur: »Die Worte Macrons verwundern. Die NATO hat zu keinem Zeitpunkt Russland bedroht, sondern mit der NATO-Russland-Grundakte einen gemeinsamen Rahmen für Sicherheitsfragen geschaffen.«²³

Das Problem der diesen Kommentaren zugrunde liegenden Haltung ist, dass diese (1) von einer Verweigerung, sich mit der eigenen Politik kritisch auseinanderzusetzen, getragen wird und dass sie (2) auf die fortwährende Ignorierung russischer Sicherheitsinteressen setzt. Es sollte für alle offenkundig

sein, dass ein stabiler Frieden nicht möglich sein wird, wenn essenzielle russische Sicherheitsinteressen keinerlei Berücksichtigung finden. Das ist umso mehr der Fall, da es diese Nichtberücksichtigung war, die viel dazu beitrug, dass die Ukraine überhaupt erst zum Hotspot der Konfrontationspolitik zwischen dem Westen und Russland geworden ist (dazu ausführlich in diesem Band der Beitrag »Verspielte historische Chancen«).

I. Ein Jahr nach Kriegsbeginn: Keine Entspannung in Sicht

Nach einem Jahr Krieg stehen die Zeichen nicht auf Diplomatie und damit auch nicht auf Entspannung. Dabei gab es in den ersten Kriegswochen durchaus hoffnungsvolle Signale, dass eine für die Ukraine und Russland akzeptable Lösung am Verhandlungstisch erzielbar sein könnte.

Mitte März 2022 berichtete die *Financial Times*, dass die Ukraine und Russland an einem 15 Punkte umfassenden Friedensplan arbeiteten, der »die von Russland geforderte Neutralität und eingeschränkte Bewaffnung der Ukraine« beinhalte, aber auch den von Kiew verlangten »Waffenstillstand und den Abzug russischer Truppen« umfasse.²⁴ Diese Punkte wurden teilweise schon konkretisiert. So sollten in der Ukraine keine ausländischen Militärstützpunkte errichtet und keine ausländischen Waffen stationiert werden. Die Ukraine sollte Schutzgarantien »von Verbündeten wie den USA, Großbritannien und der Türkei erhalten«.²⁵ Als Haupthindernis für eine Einigung wurde Russlands Forderung genannt, dass die Ukraine die russische Annexion der Krim (2014) sowie die Unabhängigkeit der beiden Separatistengebiete im Donbass anerkennen solle.²⁶

Ende März titelten Medien nach einer weiteren Verhandlungs runde zwischen der Ukraine und Russland in Istanbul hoffnungsvoll: »Signale der Entspannung aus Istanbul« oder »Durchbruch in Istanbul?«.²⁷ Es wurde berichtet, dass die russischen Unterhändler von der Forderung abgerückt seien, dass Kiew die Krim-Annexion anerkennen müsse. Die ukrainische Seite hätte im Gegenzug angeboten, über einen Zeitraum von 15 Jahren Verhandlungen über die Zukunft der Krim zu akzeptieren.²⁸ Die Zugeständnisse, die beide Seiten machten, waren nicht in Stein gemeißelt, und es wären auf dem Weg zu einem Friedensabkommen noch einige dicke Bretter zu bohren gewesen, aber es gab doch innerhalb recht kurzer Zeit große – am Verhandlungstisch! – erzielte Fortschritte.

Dass beide Seiten zu wichtigen Zugeständnissen bereit waren, bestätigte Anfang Februar 2023 Naftali Bennett, der von Juni 2021 bis Juni 2022 das